

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 53. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses f.  
Planungs- u. Umweltangelegenheiten (Planungsausschuss) am  
09.03.2004**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal  
**Zeit:** 16:30 Uhr bis 20:45 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Dieter Lehmann	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Milad El-Khalil	CDU
Herr Dr. Gerhard Hesse	CDU
Herr Ingo Kautz	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	PDS
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Frank-Uwe Heft	PDS
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS
Frau Marlies Schaffer	PDS
Herr Tilo Biesecke	SPD
Frau Barbara Scheller	SPD
Herr Andreas Schmidt	SPD
Frau Sabine Wolff	HAL
Frau Hannelore Blumenthal	UBF
Herr Bernd Stemme	UBF
Frau Petra Meißner	FDP
Herr Eike Blumenthal	SKE
Herr Christian Feigl	SKE
Frau Renate Pehl	SKE
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE
Herr Dieter Schika	SKE
Herr Dr. Horst Vietmeyer	SKE
Herr Gert Hildebrand	Verw
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	Verw
Herr Ulrich Schneider	Verw
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verw

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Friedemann Scholze	FDP	
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL	vertreten durch Frau Sabine Wolff
Herr Peter Kummer	SKE	
Herr Klaus Bardo	SKE	
Herr Heinz-Günther Buß	SKE	
Herr Eduard Prosch	SKE	
Herr Klaus Müller	PDS	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Planung von Sportstättenclustern
3. Information zum Prüfantrag der SPD-Fraktion - Skate- und Radweg Halle/ Leipzig  
Beschluss-Nr.: III/2003/03223
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Genehmigung der Niederschrift
6. Vorlagen
  - 6.1. Halle-Neustadt - Erneuerung der Passage einschließlich der Galerie - Baubeschluss  
Vorlage: III/2003/03837
  - 6.2. Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/ Diemitzer Graben -  
Abwägungsbeschluss  
Vorlage: III/2003/03835
  - 6.3. Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/ Diemitzer Graben -  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: III/2003/03836
  - 6.4. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 20 Geschäftshaus in Halle-Trotha, Trothaer  
Straße/Oppiner Straße - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und Aufhebung des  
Beschlusses zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
Vorlage: III/2003/03829
  - 6.5. Gestaltungsbeirat  
Vorlage: III/2004/03893
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 7.1. Antrag des Stadtrates Uwe Heft zur Haushaltsberatung 2004 "Haupterschließungsstraße  
Gewerbegebiete Halle-Ost" (HES)
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen
  - Information zum Parken im Bereich Franz-Heyl-Straße (Anfrage des Stadtrates  
Godenrath im Stadtrat am 17.12.2003)
  - 10.1. Information der Unteren Verkehrsbehörde über Sperrmaßnahmen im Zusammenhang mit  
Baumaßnahmen
  - 10.2.

## Teil I

### Gemeinsame Sitzung des Planung- und Umweltausschusses und des Sportausschusses

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

##### Wortprotokoll:

Herr Kautz eröffnete die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.  
Herr El-Khalil schlug vor, TOP 2 und 3 zu tauschen.  
Dem wurde zugestimmt.

#### zu 2 Planung von Sportstättenclustern

---

##### Wortprotokoll:

**Herr Kautz** gab eine kurze Einführung zum Thema und verwies dabei auf die am Vorabend bei der Oberbürgermeisterin stattgefundenene Beratung mit Fraktionsvertretern aus dem Stadtrat und Vertretern des Stadtsportes. Der Sinn der Planungen sei es, die Sportstättenplanung in Übereinstimmung mit der Stadtplanung auch in Hinblick auf Olympia 2012 zu bringen.

**Herr Schnell** äußerte sich zum Stand der Olympiabewerbung und zur aktiven Partnerschaft mit Leipzig. Die Stadt Halle – als zweiter Trainingsstandort neben der Stadt Riesa- ist vorgesehen für die Austragung von Handballspielen und Frauenfußball, als Trainingsstätte (2010 fertig zu stellen), als Akklimatisierungsstandort (ein bis zwei Jahre vor den Spielen finden Trainingseinheiten statt), als Beherbergungsstandort (es werden 2000 Wohneinheiten im Rahmen des Stadtumbaus saniert) und wird eingebunden in das olympische Kulturkonzept. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ist Bestandteil des Projektes. Ein Schwerpunkt ist der Osendorfer See.

**Herr Weber** ergänzte, dass die Unterlagen zum „Kooperationsangebot der Stadt Halle zur Unterstützung der Stadt Leipzig“ Anfang Juni 2004 an Leipzig übergeben werden sollen.

**Herr Ruffert** ging auf die einzelnen Sportstättencluster näher ein. Die vier Standorte - SFZ Hufeisensee/Osendorf, Neustadt incl. Pulverweiden, Kröllwitz/Lettin, Halle-Süd(R.-Koch-Str.:Schwimmen u. Turnen)- sind mit der demographischen Entwicklung und dem Bedarf der Stadt an Sportstätten abgestimmt. Olympia diene als Impuls, die Nachhaltigkeit der Planungen ist gewährleistet.

Eine genauer abgestimmte Planung unter Einbeziehung der Kosten wird vorgelegt. Die Kosten werden gerade zusammengetragen und präzisiert.

**Frau Wolff** wies darauf hin, dass die Vorleistungen und die Kosten für die Erschließungsmaßnahmen bereits im HH 2006 geplant werden müssten.

**Frau Haupt** äußerte den Verdacht, dass die Verwaltung bewusst Zahlenmaterial zurück hält und die Stadt über ihre Verhältnisse lebe. Wenn die Finanzen ungeklärt sind, sei das kein gutes Angebot für Leipzig.

**Herr Schnell** erläuterte, dass die Kosten der Sportstättenentwicklung zur Zeit schwierig zu beziffern sind. Es liegt unterschiedliches Zahlenmaterial vor, das zügig (auch wegen der HH-Diskussionen in Land und Bund) bearbeitet wird. In eineinhalb bis zwei Wochen werde das Material vorliegen. Die meisten Investitionen bei kleineren Sportstätten sind bereits in Gang gesetzt. Die großen Investitionen werden den HH belasten.

**Herr Stemme** verwies darauf, dass die Kostenneutralität im Grundsatzbeschluss festgelegt worden ist. Die Probleme, die sich aus der Machbarkeitsstudie ergeben sollten beraten werden. Dies ist aber ohne vorliegendes Zahlenmaterial nicht möglich.

**Herr Kautz** verwies auf die Sondersitzung am 31.03.2004 zum Thema Sport- und Freizeitzentrum Hufeisensee hin.

**Frau Wolff** sagte, dass der 31.03.2004 für den HH-Beschluss im Stadtrat am 24.03.2004 zu spät sei, denn dort soll auch die mittelfristige Planung beschlossen werden.

**Herr Schmidt** meinte, dass es jedes Jahr HH-Veränderungen gäbe, da z.B. die Einnahmen nicht genau bekannt sind.

**Herr Stemme** meinte, dass die Probleme klein geredet werden und später „die Katze aus dem Sack gelassen wird“. Er fragte, wieso ein Institut erklären müsse, wo die Fördermittel zu bekommen sind und ob es in der Stadtverwaltung nicht genug Spezialisten dafür gibt.

**Herr Schnell** antwortete, dass das gewählte Institut weltbekannt ist und als Spezialist den Weg zeigen kann, so wie dies von allen Städten mit derartigen Großprojekten praktiziert wird.

**Herr Kautz** wies darauf hin, dass es einen Stadtratbeschluss für die **Vergabe dieser Machbarkeitsstudie** gibt.

**Her Golnik** erläuterte ausführlich die Vorplanung für den Ausbau des Osendorfer Sees zu einer Kanu- und Motorregattastrecke, die für internationale Wettkämpfe geeignet ist. Es gibt verschiedene Varianten. Die optimale ist die mit dem Olympiabüro in Leipzig abgestimmte. Es ist möglich diese noch zu erweitern auf eine Maximalvariante. Die Erschließung wird vom Norden her erfolgen. Der Wasserspiegel muss auf 82 m angehoben werden. Das führt zu umfangreichen Böschungssanierungen und zur Verlegung des jetzigen Kanuzentrums. Dafür können Bergbausanierungsmittel beantragt werden. Es ist notwendig, den Fördermittelantrag bis Ende März 2004 zu stellen, da das Bund-Länder-Abkommen zur Bergbausanierung ausläuft. Die Kosten belaufen sich auf rund 25 Mio € (reine Bergbausanierung). Für die Ausrüstung der Wettkampfstrecke werden zusätzlich rund 4,5 Mio € benötigt.

Zum Zeitplan: 2004/05 Planung und Genehmigungsverfahren

Anfang 2008 muss der See geflutet werden

2011 sollen Testwettkämpfe stattfinden

**Herr Biesecke** wollte wissen, ob das aufwendige wasserrechtliche Genehmigungsverfahren (neun Monate) nicht mit der UVP kollidiert (zwei Vegetationsperioden) und wie die Gelder in den HH eingestellt werden sollen.

**Herr Golnik** und **Frau Balleyer** erläuterten, dass während des UVP-Verfahrens ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn gestellt werden kann. Der Eigenanteil für die Fördermittel wird im Jahr 2006/07 benötigt. Eine Planung ist vorher notwendig, da der LMBV einen Teil der Planung übernimmt.

**Frau Wolff** fragte, ob es möglich gewesen wäre, den Fördermittelantrag schon früher zu stellen, da Osendorf schon lange als Problem bekannt ist.

**Frau Balleyer** erläuterte, dass die Fördermittelanträge bereits 1998 gestellt wurden, der Osendorfer See hatte aber bisher nicht die Priorität 1 bis 3.

**Herr Stemme** wollte wissen, ob die Planung der olympischen Norm entspricht.

**Herr Schnell** bestätigte dies.

**Herr Lehmann** fragte nach der Höhe der Förderung.

**Herr Golnik** antwortete, dass das Wirtschaftsministerium sich da bedeckt hält.

**Herr Dr. Marquart** **verwies auf die Notwendigkeit der Einwerbung von Fördermitteln bei Land, Bund und EU im Zusammenhang mit der** der Sportstättenplanung der Stadt und Olympia.

**Herr Kautz** beendete den gemeinsamen Teil der Sitzung um 17:35 Uhr **mit dem Hinweis, dass am 31.03.2004 eine gemeinsame Sondersitzung von SPA, PUA und FA zum „Sport- und Freizeitzentrum Hufeisensee“ stattfinden soll.** .

**zu 3 Information zum Prüfantrag der SPD-Fraktion - Skate- und Radweg  
Halle/ Leipzig Beschluss-Nr.: III/2003/03223**

---

**Wortprotokoll:**

wurde zur Kenntnis genommen, erneute Information nach dem Gespräch mit der Stadt Leipzig

---

Schmiedehaus Protokollführerin	Dr. Merk FB-Leiterin	Kautz Vorsitzender Sportausschuss	Lehmann Vorsitzender Planungsausschuss
-----------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------	----------------------------------------------

#### zu 4 Feststellung der Tagesordnung

---

##### Wortprotokoll:

**Herr Lehmann** eröffnete die Sitzung des PUA und stellte die Beschlussfähigkeit fest. TOP 5.1 wurde abgesetzt, da der PUA nicht zuständig ist TOP 8.1 da **Herr Godenrath** verhindert war, wird der TOP auf die Sitzung des PUA am 13.04.2004 verschoben unter TOP 10 Mitteilungen wurde die Information der Unteren Verkehrsbehörde über Sperrmaßnahmen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen aufgenommen **Herr Ploß** stellte den Antrag TOP 4.2 und 4.3 abzusetzen **Herr Lehmann** sprach sich dagegen aus.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8  
Enthaltungen 1  
Einstimmig zugestimmt

#### zu 5 Genehmigung der Niederschrift

---

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-stimmen 6  
Enthaltungen 3  
Einstimmig zugestimmt

#### zu 6 Vorlagen

---

##### zu 6.1 Halle-Neustadt - Erneuerung der Passage einschließlich der Galerie - Baubeschluss Vorlage: III/2003/03837

---

##### Wortprotokoll:

**Frau Dr. Merk** gab Erläuterungen zum Nachtrag (Variantenvergleich) der Vorlage und bekräftigte die Bedeutung der Neustädter Passage für den Stadtteil Halle-Neustadt.

**Herr Sprung** ergänzte mit Aussagen zu Baugrund und Konstruktion.

**Herr Lehmann** fragte, ob eine nachhaltige Sanierung möglich sei.

**Herr Sprung** bejahte.

**Herr Weisenburg** (Bodengutachter) gab genauere Erläuterungen zum Bodengutachten und den unterschiedlichen Notwendigkeiten des Bodenaustausches. Da im Bodengutachten von – bis – Spannen angegeben sind, ist es möglich, dass es während der Bauarbeiten zu Einsparungen kommen kann. An manchen Stellen kann auch weniger Bodenaustausch möglich werden.

**Herr Biesecke** fasste folgende Punkte zusammen:

1. die Galerie ist sanierbar aber die Sanierung bringt keine wesentlichen Einsparungen gegen über einem Neubau
2. wenn nur die Sanierung durchgeführt wird, gibt es keine Einnahmen aus Anliegerbeiträgen

3. die 2,5 Mio € Variante ist unrealistisch gewesen
4. die Differenz des Eigenmittelanteils zwischen der 2,5 Mio € und der 3,6 Mio € Variante beträgt ca. 187 000 €, wenn die Anliegerbeiträge davon abgezogen werden, ergibt sich eine tatsächliche Differenz von 57 000 € für die Stadt.

Daraufhin sprach sich **Herr Biesecke** für den Neubau der Galerie aus.

**Herr Stemme** wies darauf hin, dass es Aufgabe der Verwaltung gewesen sei, eine neue Planung für die 2,5 Mio € Variante bis zum Ausschuss vorzulegen. Er kritisierte, dass die Verwaltung dem Auftrag der Stadträte nicht nachgekommen sei.

**Herr Lehmann** erläuterte die Historie des Projektes und machte darauf aufmerksam, dass es eine Entscheidung im Stadtrat für URBAN 21 gab, die Halle-Neustadt betraf, weil mit den Fördermitteln und einem sechstel Eigenanteil für die Stadt im Stadtteil Halle-Neustadt viel bewegt werden kann. Bei Verhinderung des Projektes können alle anderen Maßnahmen auch nicht realisiert werden.

**Herr Stemme** verließ den PUA.

**Herr Dr. Rürup** sprach sich für eine attraktive Gestaltung der Passage aus, alles andere sei weder den Bürgern noch den Händlern zuzumuten.

**Herr Kautz** bestätigte diese Meinung und wies darauf hin, die Maßnahme nicht zu gefährden, da die Ausschreibung im Juni erfolgen muss, um den Baubeginn 2004 zu ermöglichen. Die Abstimmungen mit den Bürgern und Händlern hätten auch zu der Entstehung der 3,6 Mio Variante geführt. Längere Sperrungen bei abschnittweisem Bau seien den Händlern nicht zuzumuten.

**Frau Pehl** stellte folgenden Antrag:

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu überprüfen, ob bei möglicher Reduzierung des Finanzbedarfes der Bau einer öffentlichen Toilette möglich ist.*

Dem Antrag wurde mit

6 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt.

**Herr Heft** bekräftigte die Kritik von Herrn Stemme, nach der die Verwaltung den Auftrag aus der letzten Sitzung des PUA (die Vorlage eine neuen Planung für 2,5 Mio €) nicht erfüllt habe. Er stellte deshalb folgenden Antrag:

*Die Vorlage ist wiederholt zurückzustellen bis der Auftrag erfüllt ist.*

Der Antrag wurde mit

1 Ja-Stimme

6 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

mehrheitlich abgelehnt.

**Frau Dr. Merk** erläuterte, dass der Auftrag, eine neue Planung vorzulegen, sich aus der Diskussion mit Frau Prof. Vent bezüglich der Gestaltung der Grünflächen ergeben hatte, diese neue Planung wurde erarbeitet und liegt aus.

Die Überprüfung der Kostenvarianten wurde ebenfalls durchgeführt und liegt dem Ausschuss in schriftlicher Form vor. Somit hat die Verwaltung die ihr aufgegebenen Aufträge erfüllt.

**Frau Dr. Merk** verließ den PUA aufgrund einer Dienstreise.

**Herr Dr. Köck** fragte, inwieweit es sicher sei, dass die 3,6 Mio € wirklich ausreichen, ob die Anliegerbeiträge gemäß Straßenausbaubeitragssatzung erhoben würden und ob nur die Grundstücke Dritter einberechnet seien.

**Frau Wolff** wollte die HH-Stelle für die Maßnahme wissen.

**Herr Weber** erläuterte, dass die Sicherheit der Planung in Planungsphase 3 bei  $\pm 10\%$  liegt. Die Haushaltsstellen sind 2.6300.950000.100 und 2.6300.959000.100.

Die Anliegerbeiträge betreffen die Grundstücke Dritter und keine städtischen Grundstücke. Es wird im Verfahren nach der Straßenausbaubeitragssatzung gehandelt.

**Herr Dr. Kraus** wies mit Nachdruck darauf hin, dass 2004 mit dem Bau begonnen werden muss.

**Herr Lehmann** sprach sich für den vorliegenden Entwurf aus und bemerkte, dass der Vergabeausschuss auf die Ausschreibungsergebnisse achten müsse.

**Herr Feigl** zweifelte die Nachhaltigkeit der Maßnahme an und meinte, dass sich das Zentrum Neustadts bereits nach Westen verschoben habe, so dass man das Projekt auch verschieben könne bis sich die Haushaltslage gebessert hat.

**Herr Dr. Hesse** stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.  
Dem Antrag wurde mit  
5 Ja-Stimmen  
3 Enthaltungen  
zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Unter Aufnahme des zusätzlichen Beschlusspunktes gemäß Antrag von Frau Pehl:  
*Die Stadtverwaltung wird beauftrag, zu überprüfen, ob bei möglicher Reduzierung des Finanzbedarfes der Bau einer öffentlichen Toilette möglich ist.*  
wurde der Vorlage mit  
Ja-Stimmen 7  
Nein-Stimmen 1  
Mehrheitlich zugestimmt.

**Beschluss:**

1. Die Entwurfsplanung für die Erneuerung der Neustädter Passage mit Abbruch und Neuaufbau des Galeriesystems im Ortsteil Neustadt, 1. BA und die Umsetzung der Maßnahme in den Haushaltsjahren 2004, 2005 und 2006 werden bestätigt.  
Die Maßnahme wird mit Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und der Landesinitiative Urban 21 finanziert.
2. Der Stadtrat beschließt, die Außenpräsentation der ortsansässigen Händler auf die Tiefe von max. 2,00m vor der Außenwand der Geschäfte zu beschränken.
3. Die an den 1. Bauabschnitt angrenzenden Flächen der Neustädter Piazza werden bis zur Entwurfsplanung weiterentwickelt und dem Stadtrat zur Umsetzung erneuert zum Beschluss vorgelegt.
4. *Die Stadtverwaltung wird beauftrag, zu überprüfen, ob bei möglicher Reduzierung des Finanzbedarfes der Bau einer öffentlichen Toilette möglich ist.*

**zu 6.2    **Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/  
Diemitzer Graben - Abwägungsbeschluss**  
Vorlage: III/2003/03835**

---

**Wortprotokoll:**

Abwägung und Satzung wurden gemeinsam diskutiert.

**Herr Ploß** stellte den Geschäftsordnungsantrag, *aufgrund der 6-7-Jahre alten Stellungnahmen, die Vorlage zu vertagen und eine erneute Beteiligung durch zu führen.* Weiterhin vertrat er die Meinung, dass das Verkehrskonzept unzureichend sei. Er stellte eine selbst erarbeitete Variante einer Umgehungsstraße für den OT Reideburg vor (Anhang Protokoll) und bat die Verwaltung diese zu prüfen sowie eine Ergänzung zur Vorlage zu erarbeiten.

**Herr Lehmann** machte darauf aufmerksam, dass es den Korridor für die Umgehungsstraße bereits gibt.

**Herr Weber** ergänzte die Aussage. Für die nördliche Umgehung gibt es zwei Trassenvarianten im FNP. Er wies darauf hin, dass wegen des komplizierten Umlegungsverfahrens, die Beschlussfassung nicht verzögert werden darf.

**Herr Möbius** sagte, das eine Überprüfung des Vorschlages von Herrn Ploß grundsätzlich möglich sei, es aber keine Grundlagen dafür gibt wenn man die Beschlüsse des Stadtrates (z.B. Verkehrspolitisches Leitbild) betrachtet.

**Herr Heft** fand es bedenklich, dass Abwägung und Satzung auf der Basis von Anregungen und Bedenken, die 6 -7 Jahre alt sind, beschlossen werden sollen. Er sprach sich dafür aus, eine Aktualisierung mit erneuter Offenlage durchzuführen. Er bat, den Antrag von Herrn Ploß abzustimmen.

**Frau Riedel** erläuterte, dass der Beschluss noch in der Legislaturperiode des jetzigen Stadtrates gefasst werden muss, da der Umlegungsausschuss nicht länger arbeiten wird.

**Herr Biesecke** sprach sich gegen den Antrag von Herrn Ploß aus. Mit den erneuten Diskussionen würde man sich selbst immer wieder „Knüppel zwischen die Beine werfen“. Bei den Beratungen der Kreisgebietsreform würde der Saalkreis mit Recht auf die langen Verfahrenszeiten für B-Pläne der Stadt Halle verweisen, da die Zeiten im Saalkreis wesentlich kürzer seien.

Der Antrag wurde wie folgt abgestimmt

1 Ja-Stimme                      7 Nein-Stimmen

und ist damit mehrheitlich abgelehnt worden.

**Herr Dr. Köck** wollte wissen, ob es keine Schwierigkeiten gäbe, wenn ein vorzeitiger Beginn der Bebauung genehmigt würde.

**Herr Dr. Hannuschka** erläuterte das Verfahren der Baugenehmigung nach § 33. Dies setzt voraus, dass keine schwerwiegenden Bedenken von Beteiligten vorgebracht wurden. Im BauGB ist keine Zeitspanne für die Gültigkeit von Stellungnahmen festgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 1

mehrheitliche zugestimmt

**Beschluss:**

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/ Diemitzer Graben wird zugestimmt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 6.3      Bebauungsplan Nr. 70.1 Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Bierrain/ Diemitzer Graben - Satzungsbeschluss**

**Vorlage: III/2003/03836**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 7

Nein-Stimmen 1

mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 70.1 Halle-Büschdorf, Bierrain/ Diemitzer Graben, bestehend aus Teil A, Planzeichnung, und Teil B, textlichen Festsetzungen, sowie mit örtlichen Bauvorschriften als Bestandteil des Bebauungsplanes gemäß § 10 BauGB als Satzung.
2. Der Stadtrat stimmt der Begründung des Bebauungsplanes zu.

**zu 6.4      Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 20 Geschäftshaus in Halle-Trotha, Trothaer Straße/Oppiner Straße - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und Aufhebung des Beschlusses zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes**

**Vorlage: III/2003/03829**

---

**Wortprotokoll:**

**Herr Dr. Hannuschka** und **Herr Weber** erläuterten die Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 8

einstimmig

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 91/ I - 19/ 321 der 19. öffentlichen Tagung der Stadtverordnetenversammlung Halle (Saale) vom 18.09. 1991 über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Satzung zum Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 20 Geschäftshaus in Halle-Trotha, Trothaer Straße / Oppiner Straße.

## **zu 6.5      Gestaltungsbeirat** **Vorlage: III/2004/03893**

---

### **Wortprotokoll:**

**Frau Wolff** fragte, ob die Vorlage im nichtöffentlichen Teil behandelt werden muss.

Da keine Persönlichkeitsrechte berührt werden, war dies nicht notwendig.

**Herr Lehmann** stellte zur Diskussion, die Anzahl der Mitglieder des Gestaltungsbeirates von sieben auf fünf zu reduzieren als Beitrag zur HH-Konsolidierung.

**Herr Weber** erläuterte, dass sieben Mitglieder in der Geschäftsordnung festgeschrieben sind, ebenso das Auswechseln von Mitgliedern nach zwei Jahren. Es gab von einigen Mitgliedern die Bitte zum Ausscheiden. Es wurden bedeutende Leistungen durch den Gestaltungsbeirat erbracht, deshalb sollte man die Stärke von sieben Mitgliedern belassen. Außerdem kommt es vor, dass der Gestaltungsbeirat nicht vollzählig ist.

**Herr Dr. Hesse** fragte nach der Kosteneinsparung bei fünf Mitgliedern.

**Herr Weber** antwortete, dass die Einsparung schwer einzuschätzen ist, weil dies auch von der Häufigkeit der Sitzungen abhängt.

**Frau Wolff** sprach gegen eine Verringerung der Mitgliederzahl.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen    7

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

Der Stadtrat bestätigt gemäß Geschäftsordnung die von der Verwaltung vorgeschlagenen drei neuen Mitglieder für den Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Anlage 1u.2) :

Frau Prof. Hannelore Deubzer

Frau Prof. Hille von Seggern    und

Herr Holger Kleine

## **zu 7            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

## **zu 8            Beantwortung von Anfragen**

---

### **Wortprotokoll:**

- Herr **Dr. Hesse** fragte nach der Beantwortung seiner Anfrage zur Schweinemastanlage in Sietzsch. Diese wird bis zum nächsten PUA erfolgen.
- Beantwortet wurde die Anfrage von **Frau Wolff** zur Entfernung der Baustelleneinrichtung im Stadtpark (wird durch ZGM noch benötigt).
- Beantwortet wurde die Anfrage von **Herrn Biesecke** zum Fußgängerüberweg Uniring (FB 61 hat Zählung durchgeführt, die Verkehrsbelastung ist bereits an der Grenze zur Notwendigkeit einer Signalisierung. Hier erfolgt stadtinterne Entscheidung. Ergebnis wird mitgeteilt).
- Die Anfragen zum Stadtumbau (Abbruchquote? Wo steht Halle? Abruf der Mittel? Investitionsvolumen Genossenschaften und Gesellschaften?) von **Herrn Dr. Hesse**, **Herrn Dr. Köck** und **Herrn Lehmann** werden als gesondertes Thema im PUA April behandelt.
- **Herr Lehmann** bittet die Stadtverwaltung, den Bebauungsplan zum Hermes-Gelände noch in dieser Legislaturperiode als Satzung beschließen zu lassen.

- Beantwortet wurde die Anfrage von **Frau Wolff** zu wilden Parkplätzen und ob Politessen tatsächlich auf privaten Flächen nicht abstrafen dürfen (dem ist so).
- Beantwortet wurde die Frage von **Herrn Feigl** zum Fortschritt der Baumaßnahmen Wittekind (Aufforderung an Ministerien zur Bestätigung der Fördermittel aus verschiedensten Fördertöpfen ist erfolgt.)
- Die Anfrage von **Herrn Köck** zur Höhe des Kaufhofneubaus als Lückenschließung in der Rathausstraße im Vergleich zum Grundsatzbeschluss wird durch FB 63 schriftlich beantwortet.
- Die Frage von **Frau Pehl** zur Genehmigung des Abbruches Gaststätte Jambol (Unstrutstraße 13) wird durch FB 63 schriftlich beantwortet.
- **Herr Kautz** erinnerte an seinen Anfrage bezüglich der Erhaltung der historischen Gebäude auf der Salineinsel. Dieses soll im PUA April behandelt werden.
- Die Frage von **Herrn Dr. Rürup**, wer für die Reinigung der Gleiskörper zuständig sei, wurde beantwortet. Herr Heft und Herr Kautz nehmen dieses Problem mit in die nächste Aufsichtsratssitzung der HAVAG.
- Die Frage von **Herrn Dr. Kraus** zur Nutzung des Marktplatzes 23 wurde beantwortet. (Keine Nutzung durch Kaufhof ggfs. Praxen oder Kanzleien).

Folgende Anfragen aus der Sitzung des PUA am 10.02.2004 wurden schriftlich beantwortet:

- Frau Scheller – Aktualisierung der Prioritätenliste Verkehr
- Frau Scheller – Fußgängerüberweg in der Zscherbener Straße
- Herr Feigl – Verkehrsausschilderung in der Schmeerstraße
- Herr Feigl – Baumfällungen am Heiderand
- Herr Feigl – Gasthof „Schwarzer Bär“
- Frau Prof. Vent – Lage der Straßenbahnhaltestelle auf dem Marktplatz
- Herr Kautz – Zeitschiene zum Umbau der Sternstraße
- Herr Kautz – Vorstellung der Planung Heide-Süd (ehem. Standort Polizeipräsidium)

## **zu 10    Mitteilungen**

---

### **zu 10.1    Information zum Parken im Bereich Franz-Heyl-Straße (Anfrage des Stadtrates Godenrath im Stadtrat am 17.12.2003)**

---

#### **Wortprotokoll:**

vertagt auf den 13.04.2004

### **zu 10.2    Information der Unteren Verkehrsbehörde über Sperrmaßnahmen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen**

---

#### **Wortprotokoll:**

**Herr Rothe** informierte über anstehenden Baumaßnahmen und den damit verbundenen Umleitungsverkehr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

---

Schmiedehaus/ Riedel

Dr. Merk

Lehmann

Protokollführerinnen

FB-Leiterin

Vorsitzender